

Promotionsordnung (Satzung)
der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Vom 10. Juli 2014

Veröffentlichung vom 25. September 2014 (NBl. HS MSB Schl.-H. S. 54)

Aufgrund des § 52 Absatz 1 i. V. m. § 54 Absatz 3 des Hochschulgesetzes (HSG) vom 28. Februar 2007 (GVBl. Schl.-H. S. 184), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2013 (GVBl. Schl.-H.S. 365), wird nach Beschlussfassung durch den Konvent der Theologischen Fakultät vom 4. Juni 2014 die folgende Satzung erlassen:

§ 1
Promotion

- (1) Die Theologische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit, die Fähigkeit zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit im Bereich der Theologie nach Maßgabe dieser Promotionsordnung förmlich nachzuweisen.
- (2) Aufgrund der Prüfungsleistungen verleiht die Theologische Fakultät den akademischen Grad „Dr. theol.“ (Doktorin oder Doktor der Theologie).

§ 2
Prüfungsleistungen für die Promotion

Die Fähigkeit zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit wird durch die schriftliche Prüfungsleistung (Dissertation, § 9) und die mündliche Prüfungsleistung (Rigorosum, § 19) nachgewiesen.

§ 3
Verfahrensabschnitte der Promotion

Das Promotionsverfahren gliedert sich in drei Verfahrensabschnitte:

1. Annahmeverfahren als Doktorandin oder Doktorand
2. Promotionsprüfungsverfahren
3. Vollzug der Promotion.

§ 4
Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Voraussetzung für die Zulassung zum Promotionsverfahren ist
 - a) der Nachweis der Hochschulzugangsberechtigung,
 - b) der Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Studiums der Evangelischen Theologie, der durch das Abschlusszeugnis einer wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder durch ein gleichwertiges akademisches oder kirchliches Zeugnis erbracht wird. Der Promotionsprüfungsausschuss kann auf Antrag den erfolgreichen Abschluss eines konfessionell anders ausgerichteten Theologiestudiums anerkennen, wenn die wissenschaftliche Gleichwertigkeit gewährleistet ist,

- c) die Mitgliedschaft in einer evangelischen Kirche oder einer anderen Kirche, die dem ökumenischen Rat der Kirchen oder dem Lutherischen Weltbund oder dem Reformierten Weltbund angehört. Ausnahmen für Mitglieder einer anderen christlichen Kirche bedürfen der Zustimmung des Promotionsprüfungsausschusses (vgl. § 13).
- (2) Bewerberinnen und Bewerber, die den Abschluss „Master of Education“ (M. Ed.) oder das Erste Staatsexamen für das Höhere Lehramt im Fach Evangelische Religionslehre mindestens mit der Note gut (2,49) bestanden haben, werden zum Promotionsverfahren zugelassen, wenn sie die Sprachnachweise des Hebraicums, Graecums und des KMK-Latinum (vgl. Studienqualifikationssatzung vom 10.9.2008) beibringen.
- (3) Von dem Erfordernis der Mindestnote nach Absatz 2 kann in besonderen Ausnahmefällen abgesehen werden. Die Entscheidung trifft der Promotionsprüfungsausschuss (§ 13). In diesem Fall kann die Annahme als Doktorandin oder Doktorand gemäß § 5 nur erfolgen, wenn eine zusätzliche schriftliche Prüfung nach § 7 bestanden worden ist.
- (4) Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen mit einem Masterabschluss in dem Studiengang Gemeinde- bzw. Religionspädagogik können als Doktorandin oder Doktorand zugelassen werden, wenn sie mindestens mit der Note gut (2,49) bestanden haben und die gewählte Betreuerin oder der gewählte Betreuer dazu bereit ist. Für Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss gelten die Regelungen nach § 6. In beiden Fällen kann die Annahme nur erfolgen, wenn eine zusätzliche schriftliche Prüfung nach § 7 bestanden worden ist. Bis zur Promotionsprüfung müssen die Nachweise über das bestandene KMK-Latinum, das bestandene Graecum und das bestandene Hebraicum vorgelegt werden.
- (5) Bei Bewerberinnen und Bewerbern mit im Ausland erworbenen Abschlüssen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Die Gleichwertigkeit der Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion wird unter Zugrundelegung der von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen festgestellt. Im Übrigen gilt die Anerkennungssatzung der CAU.

§ 5

Annahme von Doktorandinnen und Doktoranden

- (1) Das Recht zur Annahme von Doktorandinnen und Doktoranden haben die hauptamtlich in der Fakultät tätigen Professorinnen und Professoren, auch nach Erreichen der Altersgrenze, und, soweit sie an der Fakultät regelmäßig lehren, die Honorarprofessorinnen, Honorarprofessoren und Habilitierten. Ein Rechtsanspruch auf Annahme als Doktorandin oder Doktorand besteht nicht.
- (2) Mit Vergabe des vorläufigen Themas wird zwischen Doktorandin oder Doktorand und Betreuerin oder Betreuer eine schriftliche Vereinbarung über die Betreuung zur Anfertigung einer Dissertation geschlossen und von beiden unterschrieben.
- (3) Die Vereinbarung über die Betreuung zur Anfertigung einer Dissertation enthält
1. das vorläufige Thema der Dissertation,
 2. den angestrebten Doktorgrad,
 3. ggf. Ausführungen, aus denen zu ersehen ist, ob es sich um eine Dissertation handelt, die potentiell mehreren Fakultäten zuzuordnen ist (interfakultäre Promotion), sowie die Angabe, in welcher Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Promotion anzusiedeln ist,
 4. die Erklärung von Betreuerin(nen) bzw. Betreuer(n), die Arbeit aktiv zu betreuen, und von Doktorandin oder Doktorand, alle Betreuenden über Stand und Fortgang

- des Dissertationsvorhabens regelmäßig zu informieren,
5. das Einverständnis der Doktorandin oder des Doktoranden darüber, dass ihre bzw. seine Daten zu Promotionsvorhaben und -verlauf im Graduiertenzentrum als der zentralen Erfassungsstelle für Promotionsdaten nach den Richtlinien des Datenschutzgesetzes gespeichert, für die Evaluation der Promotionsphase an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durch die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verwendet sowie an die Landesregierung Schleswig-Holstein und das statistische Landes- und Bundesamt weitergegeben werden dürfen,
 6. die Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden, dass sie oder er die an der Christian-Albrechts-Universität geltenden Regeln zur guten wissenschaftlichen Praxis - Standard wissenschaftlichen Arbeitens nach den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Senatsbeschluss vom 28.05.2002) in der jeweils gültigen Fassung kennt und sich verpflichtet, sie zu beachten und zum Schutz vor Missbrauch eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden dazu, dass sie oder er keine Vermittlungsagentur für Promotionen in Anspruch genommen hat.
- (4) Die inhaltliche Ausgestaltung der Betreuung wird zwischen Betreuerin oder Betreuer und Doktor- andin oder Doktorand im Einvernehmen geregelt, sollte jedoch in der Regel zwei persönliche Gespräche jährlich nicht unterschreiten.
 - (5) Über die Annahme der Doktorandin oder des Doktoranden entscheidet der Promotionsprüfungsausschuss. Greift § 4 Absatz 3 und 4, ist eine Bestätigung über die bestandene zusätzliche schriftliche Prüfung vorzulegen.
 - (6) Die Doktorandin oder der Doktorand reicht die geschlossene Vereinbarung über die Betreuung zur Anfertigung einer Dissertation zusammen mit dem Antrag auf Annahme als Doktorandin oder Doktorand beim Promotionsprüfungsausschuss ein. Gleichzeitig legt sie oder er eine Erklärung vor, dass sie oder er nicht bereits erfolglos eine Dissertation im selben oder einem verwandten Fachgebiet eingereicht hat; wurde bereits erfolglos eine Dissertation in einem anderen Fachgebiet eingereicht, so ist dies unter Angabe des Faches, der Universität und der Fakultät, bei der die Dissertation erfolglos eingereicht wurde, dem Promotionsprüfungsausschuss zur Kenntnis zu bringen. Auf Grundlage der eingereichten Unterlagen entscheidet der Promotionsprüfungsausschuss über die Annahme und bestätigt nach der Annahme der Doktorandin oder des Doktoranden an der Fakultät ihre Anerkennung dieser Vereinbarung schriftlich.
 - (7) Der Promotionsprüfungsausschuss prüft die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren, insbesondere den nachzuweisenden Abschluss. Bereits erfüllte Voraussetzungen werden mit der Annahme verbindlich bestätigt. Soweit Nachweise fehlen, setzt der Promotionsprüfungsausschuss eine angemessene Nachfrist für deren Beibringung. Wird die Frist nicht eingehalten, gilt die Vereinbarung als nicht geschlossen und die Fakultät ist berechtigt, die Annahme zu widerrufen.
 - (8) Die Annahme als Doktorandin oder Doktorand ist zu versagen, wenn Gründe vorliegen, die zum späteren Versagen der Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren führen. Die Annahme ist zu widerrufen, wenn entsprechende Gründe nachträglich bekannt werden.
 - (9) Die Annahme einer Bewerberin oder eines Bewerbers als Doktorandin und Doktorand ist Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion; sie begründet aber keinen Zulassungsanspruch.
 - (10) Betreuende sowie Doktorandin oder Doktorand sind berechtigt, das Betreuungsverhältnis jederzeit einvernehmlich, in begründeten Ausnahmefällen durch einseitige Erklärung gegenüber dem anderen Teil aufzulösen. Auflösungen sind dem

Promotionsprüfungsausschuss unter Vorlage der Begründung unverzüglich anzuzeigen.

- (11) Bleibt eine Bewerberin oder ein Bewerber ohne inhaltliche Betreuung oder endet diese, ohne dass die Doktorandin oder der Doktorand dies zu vertreten hat, wird die Dekanin oder der Dekan vermittelnd tätig. Ebenso vermittelt die Dekanin oder der Dekan in Konfliktfällen. Fällt eine Betreuung aus Gründen aus, die die Doktorandin oder der Doktorand nicht zu vertreten hat, stellt der Promotionsprüfungsausschuss auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden die weitere Betreuung im Rahmen der Möglichkeiten der Fakultät sicher.

§ 6

Fast-Track Promotion

- (1) Eine Fast-Track Promotion, in der das Masterstudium mit der ersten Phase der Promotion zeitlich zusammenfällt, ist möglich, wenn der Bachelorstudiengang mit 1,0 oder 1,3 abgeschlossen wurde und die gewählte Betreuerin oder der gewählte Betreuer bereit ist, die Arbeit zu betreuen.
- (2) Mit dem Abschluss der Fast-Track Promotion wird auch der dem fachlichen Inhalt der Dissertation entsprechende Mastergrad verliehen. Einzelheiten regelt die Fachprüfungsordnung.

§ 7

Zusätzliche schriftliche Prüfung

- (1) Die im Falle des § 4 Absatz 3 und 4 abzulegende zusätzliche schriftliche Prüfung besteht aus fünf Klausuren von je fünf Stunden Dauer. Die Fachgebiete, in denen die Klausuren geschrieben werden, sind:
1. Altes Testament
 2. Neues Testament
 3. Kirchengeschichte
 4. Systematische Theologie
 5. Praktische Theologie.
- (2) Die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses setzt den Termin für die Prüfung fest. Die Bewerberin oder der Bewerber ist zum Termin mit einer mindestens zweiwöchigen Frist zu laden. Mit Zustimmung der Bewerberin oder des Bewerbers kann die Ladefrist verkürzt werden.
- (3) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber trotz ordnungsgemäßer Ladung zum festgesetzten Prüfungstermin schuldhaft nicht erscheint. War die Bewerberin oder der Bewerber ohne Verschulden verhindert, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die Gründe der Säumnis sind glaubhaft zu machen und schriftlich darzulegen.

§ 8

Durchführung und Beurteilung der zusätzlichen schriftlichen Prüfung

- (1) Für die Durchführung der zusätzlichen schriftlichen Prüfung bestellt der Promotionsprüfungsausschuss eine Prüfungskommission, der je eine Fachvertreterin oder ein Fachvertreter für die in § 7 Absatz 1 genannten Fächer zugehören soll. Die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses führt den Vorsitz bzw. bestimmt eine Person zur Vertretung.
- (2) Für jede Klausurarbeit werden durch die zuständigen Fachvertreterinnen und Fachvertreter in der Prüfungskommission je zwei Themen zur Auswahl gestellt.

Vorherige Absprachen über zu behandelnde Themen sind nicht zulässig.

- (3) In den Fächern Altes Testament und Neues Testament ist das Thema jeweils in Verbindung mit einem zu übersetzenden biblischen Text zu stellen. Über die zulässigen Hilfsmittel entscheiden die zuständigen Fachprüfenden.
- (4) Die Klausurarbeiten werden in jedem einzelnen Fach schriftlich jeweils von zwei Mitgliedern der Prüfungskommission entweder als bestanden oder als nicht bestanden bewertet. Stimmen die Bewertungen einer Klausurarbeit nicht überein, so holt die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses, falls gesprächsweise keine Einigung erzielt werden kann, eine weitere, entscheidende Beurteilung aus der Prüfungskommission ein.
- (5) Sind die Leistungen in mehr als einer Klausur nicht ausreichend, so ist die zusätzliche schriftliche Prüfung nicht bestanden.
- (6) Die zusätzliche schriftliche Prüfung kann einmal wiederholt werden. Der Promotionsprüfungsausschuss bestimmt die Frist, nach der die Wiederholung spätestens abgeschlossen sein muss.

§ 9 **Promotionsantrag**

- (1) Der Antrag auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren ist in schriftlicher Form an die Dekanin oder den Dekan zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:
 1. die Dissertation (§ 10),
 2. die Bestätigung über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand,
 3. die Immatrikulationsbescheinigung,
 4. ein tabellarischer Lebenslauf,
 5. Der Nachweis über die Kirchenzugehörigkeit,
 6. die Hochschulzugangsberechtigung oder ein durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis,
 7. Lehrveranstaltungsnachweise der besuchten Hochschulen,
 8. Zeugnisse über bereits abgelegte Prüfungen,
 9. eine Erklärung über eventuelle frühere Promotionsversuche,
 10. eine Erklärung, dass die Bewerberin oder der Bewerber noch an keiner anderen Hochschule oder an keiner anderen Fakultät der CAU ein Promotionsvorhaben endgültig nicht bestanden hat und ihr bzw. ihm noch kein akademischer Grad entzogen wurde,
 11. eine Versicherung, dass die eingereichte Abhandlung keiner anderen Fakultät zum Zwecke der Promotion vorgelegen hat oder vorliegt,
 12. eine eidesstattliche Erklärung, dass sie oder er die Arbeit selbst und selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat,
 13. eine Erklärung, dass die Arbeit den Grundsätzen der guten wissenschaftlichen Praxis, wie sie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft definiert worden sind, entspricht,
 14. eine Erklärung darüber, ob sie oder er der Zulassung von Zuhörerinnen und Zuhörern zur mündlichen Prüfung widerspricht.
- (2) Der Promotionsantrag kann zurückgezogen werden, solange die Dissertation nicht abgelehnt ist oder – im Falle ihrer Annahme – solange die mündliche Prüfung noch nicht begonnen hat.

§ 10

Inhalt und Form der Dissertation (Promotionsschrift)

- (1) Die Dissertation (Promotionsschrift) muss ein Thema aus dem Gebiet der Theologie zum Gegenstand haben, die Fähigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit belegen und einen Beitrag zur Forschung liefern.
- (2) Die Dissertation soll in deutscher Sprache abgefasst sein. Der Promotionsprüfungsausschuss (§ 13) kann der Bewerberin oder dem Bewerber gestatten, eine in einer anderen Sprache geschriebene Dissertation vorzulegen. In diesem Fall ist eine Zusammenfassung in deutscher Sprache vorzulegen.
- (3) Die Dissertation muss ein Literaturverzeichnis enthalten. Die Bewerberin oder der Bewerber hat eidesstattlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit selbstständig angefertigt, die benutzten Hilfsmittel vollständig angegeben und sämtliche dem Wortlaut oder dem Inhalt nach aus anderen Schriften übernommene Wendungen als solche eindeutig kenntlich gemacht hat. Mit ihrer oder seiner Unterschrift erklärt sich die Kandidatin oder der Kandidat damit einverstanden, dass die elektronische Fassung für die Dauer des Promotionsprüfungsverfahrens gespeichert und in anonymisierter Form einer Überprüfung auf Plagiate durch Anwendung einer Plagiatserkennungssoftware zugänglich gemacht werden darf.
- (4) Die Dissertation ist in drei Exemplaren in Papierform (gebunden) sowie in elektronischer Form einzureichen. Für die Einhaltung der Frist ist der Eingang der ausgedruckten Fassung der Dissertation maßgeblich.

§ 11

Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren

- (1) Über den Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers auf Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren entscheidet der Promotionsprüfungsausschuss (§ 13).
- (2) Die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren ist zu versagen, wenn die Voraussetzungen nach § 4 oder § 5 nicht erfüllt sind. Die Zulassung ist ferner zu versagen, wenn bereits zwei Promotionsverfahren erfolglos geblieben sind.
- (3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn an anderer Stelle gleichzeitig ein entsprechender Promotionsantrag gestellt oder wenn der Promotionsantrag (§ 9) unvollständig und eine gesetzte Frist zur Vervollständigung ungenutzt verstrichen ist.
- (4) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich mitzuteilen. Wird die Zulassung versagt, so ist die Entscheidung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 12

Dauer des Promotionsprüfungsverfahrens

Für das Promotionsprüfungsverfahren ist ein Gesamtzeitraum von höchstens zwölf Monaten vorgesehen. Bei Rückgabe der Promotionsschrift zur Umarbeitung ist zusätzlich eine angemessene Verlängerungsfrist zu gewähren.

§ 13

Promotionsprüfungsausschuss

- (1) Der Promotionsprüfungsausschuss entscheidet über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand, die Zulassung zum Promotionsprüfungsverfahren und über die Beurteilung der Promotionsschrift, setzt die Prüfungskommission für die mündliche

Prüfung und die für die zusätzliche schriftliche Prüfung gemäß § 7 ein und nimmt die anderen in dieser Satzung angegebenen Aufgaben wahr.

- (2) Der Promotionsprüfungsausschuss besteht aus den hauptamtlich an der Fakultät tätigen Habilitierten und Promovierten sowie weiteren nach § 15 bestellten Gutachterinnen und Gutachtern. Den Vorsitz übernimmt die Dekanin / der Dekan.
- (3) Bei fakultätsübergreifenden Promotionen bestimmt der Promotionsprüfungsausschuss eine Person als Mitglied des fakultätsübergreifenden Promotionsausschusses.
- (4) Beratung und Beschlussfassung des Promotionsprüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Alle Mitglieder haben gleiches Stimmrecht.

§ 14 **Verfahrensregeln**

- (1) Der Promotionsprüfungsausschuss entscheidet mit der Mehrheit der Stimmen aller anwesenden Mitglieder. Der Promotionsprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (2) Die anwesenden Mitglieder sind zur Abgabe ihrer Stimme verpflichtet. Stimmenthaltungen in Prüfungsbewertungsentscheidungen sind nicht zulässig.
- (3) Es wird offen abgestimmt.
- (4) Über die Sitzungen des Promotionsprüfungsausschusses ist eine Niederschrift zu fertigen. Bei Ablehnung einer Promotionsprüfungsleistung sind die tragenden Gründe anzugeben.
- (5) Ablehnende Bescheide müssen schriftlich begründet und mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen werden.
- (6) Nach Abschluss des Promotionsverfahrens erhält die sich bewerbende Person Einsicht in die vollständigen zu ihrem Promotionsverfahren angelegten Akten.

§ 15 **Begutachtung der Dissertation (Promotionsschrift)**

- (1) Vor der Entscheidung über die Annahme und Benotung der Dissertation sind zwei Gutachten einzuholen. Falls aus sachlichen Gründen erforderlich, können weitere Gutachten eingeholt werden.
- (2) Die Gutachterinnen und Gutachter, die durch den Promotionsprüfungsausschuss bestellt werden, müssen für das Fach, dem die Dissertation zuzurechnen ist, ausgewiesen sein. Für fachübergreifende Dissertationen müssen Gutachten aus den betreffenden Fächern eingeholt werden. Mindestens ein Gutachten muss von einer hauptamtlichen Professorin oder einem hauptamtlichen Professor der Theologischen Fakultät erstellt werden.
- (3) Die Gutachterinnen und Gutachter müssen von der Dissertation persönlich, unmittelbar und vollständig Kenntnis nehmen.
- (4) Das Bewertungsergebnis jeder Begutachtung muss schriftlich so begründet werden, dass die Mitglieder des Promotionsprüfungsausschusses über Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Promotionsleistung selbstverantwortlich entscheiden können.
- (5) Die Gutachten sind innerhalb von sechs Monaten zu erstellen.
- (6) Die Gutachten müssen Angaben über den Forschungsstand, Angaben über den Beitrag der Dissertation zur Forschung und eine Würdigung der Dissertation als Begründung für den Benotungsvorschlag enthalten.

- (7) Die Gutachtenden sprechen sich begründet für die Annahme oder Ablehnung der Dissertation oder deren Rückgabe zur Umarbeitung aus. Bei voneinander abweichenden Gutachten hinsichtlich der Annahme oder Ablehnung wird ein weiteres Gutachten eingeholt, auf dessen Grundlage der Promotionsprüfungsausschuss entscheidet.
- (8) Eine Dissertation, die der Fakultät zur Annahme vorgeschlagen wird, ist mit einem der folgenden Prädikate zu benoten:
 - summa cum laude
 - magna cum laude
 - cum laude
 - rite.
- (9) Soll eine Dissertation mit dem Prädikat „ausgezeichnet (summa cum laude)“ bewertet werden, ist für die Entscheidung immer zusätzlich zu den vorliegenden Gutachten ein weiteres, auswärtiges Gutachten einzuholen. Im Übrigen gilt § 18 Absatz 2 Satz 1.
- (10) Wird die Rückgabe der Dissertation zur Umarbeitung vorgeschlagen, so sollen die Gutachten eine Frist angeben, innerhalb derer die Bewerberin oder der Bewerber die Dissertation erneut zur Prüfung einzureichen hat.

§ 16 **Auslage**

Die Mitglieder des Promotionsprüfungsausschusses erhalten durch Auslage Kenntnis von der Dissertation und den Gutachten. Über Beginn und Ende der Auslegung, die auf zwei Monate befristet ist, wird schriftlich informiert.

§ 17 **Zusätzliche Stellungnahmen**

- (1) Die Mitglieder des Promotionsprüfungsausschusses können zusätzliche schriftliche Stellungnahmen abgeben. Geht eine solche Stellungnahme bei der/dem Vorsitzenden des Promotionsprüfungsausschusses ein, werden die übrigen Mitglieder des Ausschusses informiert und die Auslegungsfrist wird um zwei Wochen verlängert.
- (2) Stimmen die Gutachten und schriftlichen Stellungnahmen in der Beurteilung der Dissertation nicht überein, so kann der Promotionsprüfungsausschuss ein weiteres Gutachten anfordern.

§ 18 **Entscheidung über die Dissertation (Promotionsschrift)**

- (1) Aufgrund der vorliegenden Gutachten und schriftlichen Stellungnahmen entscheidet der Promotionsprüfungsausschuss über die Annahme und die Benotung der Promotionsschrift.
- (2) Weichen die Gutachten voneinander ab und ergibt sich im Promotionsprüfungsausschuss Stimmengleichheit in der Frage der Beurteilung, muss ein letztes Gutachten eingeholt werden. Auf der Grundlage aller Gutachten stimmt der Promotionsprüfungsausschuss erneut ab. Ergibt sich wiederum eine Stimmengleichheit, gibt das eingeforderte Letztgutachten den Ausschlag: Stimmt dieses mit einem der vorliegenden Gutachten überein, wird diese Beurteilung angenommen. Kommt das Letztgutachten zu einer von den vorliegenden Gutachten abweichenden Beurteilung, wird diese als entscheidende Tendenz im Rahmen der vorliegenden Gutachten verstanden.
- (3) Der Promotionsprüfungsausschuss kann vor seiner Entscheidung über die Annahme

oder Ablehnung die Promotionsschrift zur Umarbeitung zurückgeben und dafür eine Frist setzen.

- (4) Wird die Promotionsschrift nicht angenommen oder die umgearbeitete Promotionsschrift nicht fristgemäß eingereicht, so ist das Promotionsprüfungsverfahren erfolglos beendet.

§ 19

Mündliche Prüfung (Rigorosum)

- (1) Die mündliche Prüfung findet in folgenden Fächern statt:
- a. Altes Testament
 - b. Neues Testament
 - c. Kirchengeschichte
 - d. Systematische Theologie
 - e. Praktische Theologie.
- (2) Das Fach, in dem die Dissertation geschrieben wurde, ist das Hauptfach; die übrigen Fächer gelten als Nebenfächer.
- (3) Weist die Bewerberin oder der Bewerber das Bestehen einer wissenschaftlichen theologischen Abschlussprüfung mit mindestens dem Prädikat „gut“ nach, so kann auf Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers die Zahl der Nebenfächer auf zwei verringert werden. Für Bewerberinnen oder Bewerber nach § 4 Absatz 2, 3 und 4 ist diese Möglichkeit nicht gegeben.
- (4) Die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses setzt den Termin für die Prüfung fest. Die Bewerberin oder der Bewerber ist zum Termin mit einer mindestens zweiwöchigen Frist zu laden. Mit Zustimmung der Bewerberin oder des Bewerbers kann die Ladefrist verkürzt werden. In der Ladung sind die Annahme der Dissertation und die voraussichtliche Zusammensetzung der Prüfungskommission (§ 20 Absatz 1) bekannt zu geben.
- (5) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber trotz ordnungsgemäßer Ladung zum festgesetzten Prüfungstermin schuldhaft nicht erscheint. War die Bewerberin oder der Bewerber ohne Verschulden verhindert, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die Gründe der Säumnis sind glaubhaft zu machen und schriftlich darzulegen.

§ 20

Durchführung und Beurteilung der mündlichen Prüfung

- (1) Für die Durchführung der mündlichen Prüfung bestellt der Promotionsprüfungsausschuss unter Berücksichtigung möglicher Vorschläge der Kandidatin oder des Kandidaten die Prüfungskommission, die für jede Fachprüfung in unterschiedlicher Zusammensetzung tagt. Dabei wird für jede Fachprüfung eine Fach-Prüfungskommission gebildet, die aus der oder dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, von denen eines das Protokoll führt, besteht, davon mindestens eines aus dem zu prüfenden Fach gem. § 19 Absatz 1. Die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses führt den Vorsitz bzw. bestimmt eine Person zur Vertretung.
- (2) Bei der mündlichen Prüfung sind Doktorandinnen und Doktoranden, die ihre Zulassung zur Promotion beantragt haben, als Auditorium zuzulassen, sofern nicht eine Kandidatin oder ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung hierin widersprochen hat.
- (3) Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt im Hauptfach bis zu einer Stunde, in den Nebenfächern jeweils bis zu einer halben Stunde.

- (4) Über das Verfahren der Prüfung, die wesentlichen Prüfungsgegenstände und das Ergebnis der Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, das jeweils von der Protokollantin oder vom Protokollanten, von der Prüferin oder vom Prüfer und von der oder dem Vorsitzenden zu unterschreiben ist.
- (5) In jedem einzelnen Fach wird die Prüfungsleistung von der jeweiligen Fachprüfungskommission entweder mit einer Note nach § 15 Absatz 8 oder als „nicht genügend (= 5)“ bewertet. Stimmen dabei die Bewertungen nicht überein, so wird der arithmetische Mittelwert gerundet, wobei für die bessere Note mehr als die genaue Hälfte erforderlich ist.
- (6) Die Prüfungskommission stellt aufgrund der Ergebnisse in den einzelnen Fächern das Ergebnis der mündlichen Prüfung fest. Die Prüfung ist bestanden, wenn die Leistungen im Hauptfach und in den Nebenfächern jeweils mindestens „rite“ sind. Sind die Leistungen in einem Fach nicht genügend, so ist die mündliche Prüfung, falls sie nur drei Fächer umfasst, nicht bestanden. Werden mehr als zwei Nebenfächer geprüft, so ist die Prüfung auch dann bestanden, wenn die Leistungen in einem Fach nicht genügend sind.
- (7) Wird bei einem Drei-Fächer-Rigorosum eine Teilprüfung bzw. bei einem Fünf-Fächer-Rigorosum mehr als eine Teilprüfung nicht bestanden, so können die nicht bestandenen Teilprüfungen einmal wiederholt werden.
- (8) Die Prüfungskommission bildet die Gesamtnote der mündlichen Prüfung nach § 15 Absatz 8 aus dem arithmetischen Mittel der Fachnoten nach Absatz 6; dabei wird die Note der Hauptfachprüfung zweifach gewichtet. Bei der Rundung ist für die bessere Bewertungsstufe mehr als die genaue Hälfte erforderlich.

§ 21

Gesamtnote der Promotion

Die Prüfungskommission bildet die Gesamtnote nach § 15 Absatz 8 aus dem arithmetischen Mittel der Note der Dissertation und der Gesamtnote der mündlichen Prüfung; dabei wird die Note der Dissertation 2-fach gewichtet. Bei der Rundung ist für die bessere Bewertungsstufe mehr als die genaue Hälfte erforderlich.

§ 22

Erfolgreiche Beendigung des Promotionsverfahrens und Wiederholung

- (1) Das Promotionsverfahren ist erfolglos beendet, wenn eine der Prüfungsleistungen als endgültig nicht genügend bewertet worden ist (§§ 18,20).
- (2) Ist das Promotionsverfahren erfolglos beendet, so kann es nur ein Mal wiederholt werden.
- (3) Die Dissertation aus dem ersten Verfahren kann auf Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers auf das neue Verfahren angerechnet werden; eine schriftliche Prüfung gem. § 4 Absatz 3 und § 7 muss nicht wiederholt werden.
- (4) Der Promotionsprüfungsausschuss bestimmt die Frist, nach der die Wiederholung frühestens möglich ist. Muss die mündliche Prüfung wiederholt werden, so bestimmt der Promotionsprüfungsausschuss die Frist, nach der die Wiederholung spätestens abgeschlossen sein muss.

§ 23

Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Ist die Prüfung bestanden, so hat die Bewerberin oder der Bewerber die Dissertation zu veröffentlichen. Die Erlaubnis zur Veröffentlichung erteilt die Dekanin oder der

- Dekan im Einvernehmen mit den Gutachtenden schriftlich der Bewerberin oder dem Bewerber.
- (2) Wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung übernimmt, sind vier Exemplare der Fakultät abzuliefern.
 - (3) Das Erfordernis der Veröffentlichung ist auch erfüllt, wenn die Verfasserin oder der Verfasser die Dissertation über die Universitätsbibliothek Kiel in allgemein zugänglichen elektronischen Medien verfügbar macht. Dabei sind die zu übergebenden Dateien nach den Vorgaben der Universitätsbibliothek Kiel zu gestalten. Außerdem müssen vier gebundene Exemplare abgeliefert werden.
 - (4) Die Ablieferung hat innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Erlaubnis zur Veröffentlichung zu erfolgen. Wird diese Frist nicht eingehalten, so erlöschen alle durch das Promotionsverfahren bisher erworbenen Rechte. Die Dekanin oder der Dekan kann in besonderen Fällen auf Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers diese Frist verlängern.

§ 24 **Vollzug der Promotion**

- (1) Nach Erfüllung aller Verpflichtungen aus dem Promotionsverfahren wird die Promotion unter Aushändigung einer Urkunde in einem angemessenen Rahmen vollzogen.
- (2) Die Dekanin oder der Dekan nimmt nach Aushändigung der Urkunde der oder dem Promovierten mit Handschlag folgendes freiwilliges Versprechen ab:
„promitto ac spondeo me doctrinam evangelii constanter professorum atque vitam christianis dignam acturam“ bzw. „promitto ac spondeo me doctrinam evangelii constanter professorum atque vitam christianis dignam acturam“.
- (3) Mit Vollzug der Promotion erwirbt die Bewerberin oder der Bewerber das Recht zur Führung des Doktorgrades.
- (4) Die Dekanin oder der Dekan kann die Führung des Doktorgrades vor Erfüllung der Verpflichtungen aus § 22 Absatz 2 gestatten, wenn die Bewerberin oder der Bewerber einen Verlagsvertrag vorlegt, nach dem die Veröffentlichung der Dissertation in angemessener Zeit gesichert ist.
- (5) Die Urkunde ist vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare (§ 23 Absatz 2 und 3) zu datieren. In der Urkunde sind die Gutachterinnen und Gutachter zu nennen und die Gesamtnote auf- zuführen. Eine Ausfertigung der Urkunde ist zu den Fakultätsakten zu nehmen. Die Bewerberin oder der Bewerber erhält auf Antrag eine Bescheinigung der Dekanin oder des Dekans über die Bewertung der Dissertation.

§ 25 **Versagung und Entziehung des Doktorgrades**

- (1) Der Promotionsprüfungsausschuss hat in schweren Fällen die Promotionsleistung für ungültig zu erklären, insbesondere wenn sich vor Aushändigung der Urkunde herausstellt, dass die Doktorandin oder der Doktorand grob gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen hat. Bei leichten Verstößen entscheidet er nach Beratung im eigenen Ermessen über die Maßnahmen zur Ahndung des Verhaltens.
- (2) Die Fakultät hat die Verleihung des Doktorgrades zu widerrufen, wenn sich nach Aushändigung der Urkunde herausstellt, dass der Grad durch grobe Verstöße gegen die Regeln zur guten wissenschaftlichen Praxis erworben worden ist.
- (3) Die Fakultät kann die Verleihung des Doktorgrades widerrufen, wenn die Doktorandin oder der Doktorand in ihrer wissenschaftlichen Arbeit nach der Promotion grobe

Verstöße gegen die Regeln zur guten wissenschaftlichen Praxis begeht.

- (4) Vor der Entscheidung nach Absätzen 1-3 ist die Doktorandin oder der Doktorand zu hören. Zur Vorbereitung der Entscheidung nach Absätzen 2-3 werden in der Regel externe Gutachten angefordert.
- (5) Ist die Verleihung des Doktorgrades widerrufen, so sind alle diesbezüglichen Urkunden unverzüglich zurückzugeben.

§ 26

Promotionsprüfungsverfahren in Kooperation mit einer oder mehreren ausländischen Hochschule(n)

- (1) Die Theologische Fakultät kann gemeinsam mit einer oder mehreren wissenschaftlichen ausländischen Hochschule(n) (nachfolgend: Partnerhochschulen), mit der die Fakultät und ihre Einrichtungen wissenschaftlich zusammenarbeiten, aufgrund einer gemeinsamen Betreuung und Begutachtung der Dissertation und einer gemeinsam durchgeführten mündlichen Abschlussprüfung einen Dokortitel verleihen. Der Titel kann in Form eines Joint Degree oder eines Double Degree verliehen werden. Einzelheiten dazu regeln die Kooperationspartner. Es kann wahlweise der Titel der Fakultät in seiner deutschen Fassung oder der ausländische Titel einer der Partnerhochschulen geführt werden.
- (2) Für das multinationale Promotionsprüfungsverfahren trifft die Theologische Fakultät mit der Partnerhochschule oder den Partnerhochschulen eine Vereinbarung.
- (3) Soweit in diesem Abschnitt nicht abweichend geregelt, gelten die sonstigen Vorschriften dieser Ordnung.
- (4) Die Zulassung zu einem multinationalen Promotionsprüfungsverfahren setzt voraus:
 1. das Erfüllen der Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 4,
 2. Kenntnisse in der Sprache des Landes der jeweiligen Partnerhochschule(n)
 3. die Absprache des Dissertationsthemas mit einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Theologischen Fakultät sowie einer prüfungsberechtigten Hochschullehrerin oder einem prüfungsberechtigten Hochschullehrer der Partnerhochschule(n)
- (5) Mit der Annahme hat die Doktorandin oder der Doktorand Zugang zu den Einrichtungen der Theologischen Fakultät im Rahmen der jeweils geltenden Regelungen.
- (6) Im Rahmen der Anfertigung der Dissertation soll die angenommene Doktorandin oder der angenommene Doktorand einen mindestens sechsmonatigen Forschungsaufenthalt an der jeweiligen Partnerhochschule bzw. den jeweiligen Partnerhochschulen absolvieren.
- (7) Mindestens eine Gutachterin oder ein Gutachter wird aus dem Kreis der Prüfungsberechtigten der Theologischen Fakultät gemäß § 4 Absatz 1 bestellt. Mindestens eine weitere Gutachterin oder ein weiterer Gutachter wird aus dem Kreis der Prüfungsberechtigten der Partnerhochschule(n) bestellt.
- (8) Bei einem multinationalen Promotionsverfahren gehören dem Promotionsprüfungsausschuss mindestens ein Prüfungsberechtigter oder eine Prüfungsberechtigte der Partnerhochschule(n) an.
- (9) Die Dissertation wird in deutscher Sprache oder in einer Sprache der Partnerhochschule(n) angefertigt. Voraussetzung ist, dass eine ausreichende Anzahl von Gutachterinnen oder Gutachtern bestellt werden kann, die diese Sprachen beherrschen; für das Promotionsprüfungsverfahren gilt dieses entsprechend.
- (10) Der Dissertation ist eine Zusammenfassung in der jeweils anderen Sprache bzw. in

den jeweils anderen Sprachen im Umfang von mindestens zehn Seiten beizufügen.

- (11) Nach erfolgreichem Abschluss des gemeinsamen Promotionsprüfungsverfahrens und nach Erfüllung der Publikationspflichten erhält die oder der Promovierte eine von der Theologischen Fakultät und der Partnerhochschule(n) ausgestellte gemeinsame oder zusammengesetzte Urkunde. Die Form der Urkunde wird vorab in der Vereinbarung geregelt.

§ 27 **Ehrenpromotion**

- (1) Für hervorragende wissenschaftliche Leistungen oder sonstige besondere Verdienste um Theologie und Kirche kann die Fakultät den Doktorgrad ehrenhalber (Dr. theol. h.c.) verleihen.
- (2) Beabsichtigt die Fakultät durch Beschluss des Fakultätskonvents eine solche Ehrung, ist dem Senat rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (3) Die Ehrenpromotion wird durch Überreichen einer Urkunde vollzogen, in der die Verdienste der oder des Geehrten hervorgehoben werden. Die Aushändigung der Urkunde erfolgt in einem angemessenen Rahmen.

§ 28 **Nachteilsausgleich für behinderte und chronisch kranke Promovierende**

- (1) Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat glaubhaft, dass sie oder er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Promotionsprüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Promotionsprüfungsausschusses gleichwertige Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form gestatten.
- (2) Bei Entscheidungen der oder des Promotionsprüfungsausschussvorsitzenden nach Absatz 1 kann die oder der Behindertenbeauftragte der Universität beteiligt werden.
- (3) Zur Glaubhaftmachung einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung ist ein geeigneter Nachweis zu erbringen.

§ 29 **Inkrafttreten und Übergangsregelungen**

- (1) Diese Satzung tritt mit dem Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Promotionsordnung der Theologischen Fakultät vom 18. Mai 2012 (NBl. MWV. Schl.-H. S. 32) außer Kraft.
- (3) Für Promovierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung die Arbeit an einer Dissertation nach Absprache mit einem hauptamtlich tätigen habilitierten Mitglied des Lehrkörpers der Theologischen Fakultät bereits überprüfbar aufgenommen haben und dies dem Dekanat innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten anzeigen, ist die nach Absatz 2 außer Kraft getretene Promotionsordnung weiter anzuwenden. Auf Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers findet die geltende Promotionsordnung Anwendung.

Die Genehmigung nach § 54 Absatz 3 Satz 1 HSG wurde durch das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität mit Schreiben vom 9. Juli 2014 erteilt.

Kiel, 10. Juli 2014
Prof. Dr. M. Saur
Dekan der Theologischen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

C A U	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Theologische Fakultät
------------------	---	-----------------------

BETREUUNGSVEREINBARUNG

Zwischen folgenden Personen wird eine Vereinbarung über die Betreuung zur Anfertigung einer Dissertation abgeschlossen:

Doktorand/in _____

Erstgutachter/in Prof. Dr. _____

Die o. g. Doktorandin oder der o. g. Doktorand beabsichtigt, eine Dissertation mit dem Arbeitstitel

anzufertigen und strebt den folgenden Doktorgrad an: _____

Die oben genannte Dissertation ist interfakultär angelegt, aber der Theologischen Fakultät zuzuordnen.

ja nein
(falls ja, bitte nähere Ausführungen beifügen)

Die Doktorandin oder der Doktorand erklärt, dass sie oder er:

1. die Erstgutachterin oder den Erstgutachter über den Stand und Fortgang des Dissertationsvorhabens regelmäßig informieren wird,
2. die an der CAU geltenden Regeln zur guten wissenschaftlichen Praxis – Standard wissenschaftlichen Arbeitens nach den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft in der jeweils gültigen Fassung kennt und sich verpflichtet, danach zu arbeiten.
3. einverstanden ist, dass ihre bzw. seine Daten zu Promotionsvorhaben und- verlauf im Graduiertenzentrum als der zentrale Erfassungsstelle für Promotionsdaten nach den Richtlinien des Datenschutzgesetzes gespeichert, für die Evaluation der Promotionsphase an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durch die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verwendet sowie an die Landesregierung Schleswig-Holstein und das statistische Landes- und Bundesamt weitergegeben werden dürfen.

Die Erstgutachterin oder der Erstgutachter erklärt, dass sie oder er die Erstellung der oben genannten Dissertation aktiv betreuen wird. Die aktive Betreuung soll unter anderem folgende Punkte umfassen:

1. Unterstützung bei der Wahl eines geeigneten Dissertationskonzeptes insbesondere im Hinblick auf das Thema und eine angemessene Bearbeitungszeit,
2. Unterstützung bei der Erstellung eines Arbeits- und Zeitplans für das Dissertationsvorhaben,
3. regelmäßige fachliche Beratung und Begleitung der Doktorandin oder des Doktoranden sowie konstruktive Diskussionen über entstandene Forschungsergebnisse,

4. Weitergabe von Informationen über Stellen, Stipendien, Projektzuschüsse, Tagungen, Workshops usw.,
5. Unterstützung bei der Beantragung von Stipendien und anderer qualifikationsfördernder Maßnahmen sowie insgesamt bei der Einbindung in die nationalen und internationalen wissenschaftlichen Netzwerke,
6. Prüfung der Fakultätszugehörigkeit bei einer interfakultären Dissertation.
7. Aufklärung über die Perspektiven einer wissenschaftlichen Karriere

Unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte kann die Doktorandin oder der Doktorand ihre oder seine Dissertation voraussichtlich im _____ (Monat/Jahr) zur Begutachtung vorlegen.

(Ort, Datum Unterschrift Erstgutachter/in)

(Institutsstempel)

(Unterschrift Doktorand/in)

(gesehen: Fakultätsbeauftragte/r für Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Prüfungen)